

Große Anfrage der Fraktion der CDU

Salafistische Bestrebungen im Land Bremen

Als Salafismus wird eine islamistische Ideologie bezeichnet, in der sich die Muslime in Glaube, religiöser Praxis und Lebensführung ausschließlich an den Prinzipien des Korans und dem vom Propheten Muhammad gesetzten Vorbild auszurichten haben. Die Salafisten streben dabei einen vollständigen Wandel von Staat, Gesellschaft und individuellem Lebensvollzug der Menschen an, bei der jede Abweichung von ihren Grundsätzen abgelehnt wird, auch in Deutschland und Bremen.

Das Demokratieprinzip wird von den Salafisten strikt abgelehnt. Sie sehen Gott als einziges legitimes Souverän an und fordern die Anwendung der Scharia. Dies steht im Widerspruch zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Der Großteil der Salafisten in Deutschland ist dem Bereich des politischen Salafismus zuzuordnen, nur ein kleiner Teil gehört zum jihadistischen Salafismus, der Gewalt als legitimes Mittel zur Erreichung seiner Ziele ansieht.

Wir fragen den Senat:

1. Nach welchen Kriterien ordnet der Senat bestimmte Gruppen, Vereine und Personen dem Salafismus zu, und wie schätzt der Senat den Salafismus ein?
2. Wie viele Salafisten gibt es im Land Bremen, aufgeteilt nach Geschlecht, Altersgruppe, Staatsangehörigkeit und ausländerrechtlichem Status? Wie viele davon sind Konvertiten?
3. Gegen wie viele der im Land Bremen lebenden Salafisten sind bisher strafrechtliche Ermittlungen geführt worden, und wie sind die Verfahren ausgegangen (aufgeteilt nach Einstellungen, Strafbefehlen, Anklagen und Verurteilungen)?
4. Inwiefern gibt es regelmäßige Reisetätigkeit der im Land Bremen lebenden Salafisten ins Ausland? In welche Länder finden diese Reisen überwiegend statt? Welche Gründe sind zu diesen Reisen bekannt?
5. Welche Moscheen suchen die Salafisten im Land Bremen auf? Welche Kulturzentren, Vereine oder Teestuben sind als Treffpunkte der Salafisten im Land Bremen bekannt?
6. Welche Erkenntnisse gibt es in diesen Moscheen bzw. Treffpunkten zu sogenannten Hasspredigern, die als Ziel die weitere Radikalisierung der Salafisten haben? Inwiefern findet eine Radikalisierung statt? Werden im Land Bremen sogenannte Islamseminare angeboten?
7. Welche Maßnahmen zur Anwerbung weiterer Salafisten gibt es, und durch wen und mit welchem Ziel werden diese durchgeführt? Werden dabei auch gezielt Personen für Kampfhandlungen im Ausland angeworben? Welche weiteren an die allgemeine Öffentlichkeit gerichteten Aktivitäten mit werbendem und einflussnehmendem Charakter sind dem Senat bekannt, welche Ziele wurden dabei konkret verfolgt, und an wen richten sie sich im Schwerpunkt?
8. Inwiefern werden Kinder und Jugendliche gezielt an Schulen und in deren Umfeld (Hausaufgabenbetreuung, Nachmittagsbetreuung, spezielle Kinder- und Jugendangebote u. ä.) von Salafisten angesprochen oder sogar für ihre religiöse Orientierung geworben? Welchen Inhalts sind diese Ansprachen, und welche

„Angebote oder Versprechen“ werden dabei gegebenenfalls gemacht? Sind bestimmte Schulen besonders betroffen? Haben Schulen Hinweise auf ein solches Vorgehen von Salafisten und Islamisten gegeben? Welche Maßnahmen werden seitens des Senats zur Verhinderung dieser Anwerbung ergriffen?

9. Wie viele Personen aus dem salafistischen Umfeld haben seit 2011 das Land Bremen verlassen, um sich radikalen Gruppen im In- oder Ausland anzuschließen? Wie viele davon wurden bzw. werden an Waffen oder Sprengstoff ausgebildet bzw. nehmen im Ausland an Kampfhandlungen teil? Wo und wie wurden diese Personen „geworben“? Welche Reaktionen und Aktivitäten sind dem Senat aus dem familiären Umfeld bekannt, um Informationen über das Schicksal der betroffenen Personen zu gewinnen? Welche Initiativen haben Behörden in der Verantwortung des Senats eventuell selbst ergriffen, um Erkenntnisse zu gewinnen oder die Familien zu unterstützen?
10. Gab bzw. gibt es Rückkehrer, wenn ja, welche Erkenntnisse sind zu diesen Personen vorhanden?
11. Welche Gefahr geht von den im Land Bremen lebenden Salafisten für die innere Sicherheit aus?

Wilhelm Hinners, Dr. Thomas vom Bruch, Silvia Neumeyer,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU